

Schuhmacher-Jahrbuch

Erforsche die Wahrheit,
Dann kommst du zur Klarheit.

Organ der deutschen Schuhmacher

Nr. 48

Gotha, 29. November

1903

Urabstimmung

betr. obligatorische Einführung der Arbeitslojen- und Krankenunterstützung.

Au unsere Mitglieder!

Kollegen! Wie euch bekannt ist, hat die Münchener Generalversammlung beschlossen, daß vor dem Stattfinden der kommenden Generalversammlung eine Urabstimmung unter den Mitgliedern über folgende drei Fragen vorgenommen werden soll:

Erstens: Sind Sie für obligatorische Einführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung?

Zweitens: Sind Sie für obligatorische Einführung der Arbeitslosenunterstützung allein?

Drittens: Sind Sie für obligatorische Einführung der Krankenunterstützung allein?

Der Vorstand hat nun beschlossen, daß die Urabstimmung über vorstehende drei Fragen in der Zeit von Sonntag, den 5. Dezember bis einschließlich Dienstag, den 15. Dezember dieses Jahres stattfinden muß.

Kollegen! Wir wollen an dieser Stelle nicht noch einmal den Wert der beiden Unterstützungsanstalten darlegen, da wir in sehr eingehender Weise in Nr. 34 des „Jahrbuches“ dies bereits getan haben, außerdem auch von anderen Kollegen, die in dieser Sache offensichtlich das Wort nahmen, diese Wertschätzung ausnahmslos hervorgehoben wurde. Zur Abstimmung selbst hätten wir an die Mitglieder nur die Bitte zu richten, daß sie sich recht zahlreich an derselben beteiligen, so daß das Abstimmungsergebnis auch wirklich die Meinung der Mitglieder widerspiegelt. Aber wir wünschen nicht nur eine zahlreiche Beteiligung an der Abstimmung, wir wünschen auch, daß durch die Abstimmung möglichst einmütig die obligatorische Einführung beider Unterstützungsanstalten gefordert wird. Denn nur dadurch wird der Vorteil, den diese Einrichtungen den Mitgliedern schaffen, auch wirklich allen Mitgliedern zuteil.

Weiter möchten wir darauf hinweisen, daß bei der Urabstimmung einzig und allein die Frage entscheidend werden soll: Ob beide Unterstützungsanstalten miteinander, oder ob nur die eine oder nur die andere Unterstützungsanstaltung allein obligatorisch werden soll. Ueber die Frage: Wie sollen die Unterstützungen in der Praxis gestaltet werden? darüber hat die nächste Generalversammlung zu entscheiden, diese Frage hat also mit der Urabstimmung gar nichts zu tun.

Wer von unseren Mitgliedern beide Unterstützungsanstalten obligatorisch haben will, der beantwortet Frage 1 mit ja! und durchstreicht die Fragen 2 und 3. Wer nur allein die Arbeitslosenunterstützung haben will, beantwortet Frage 2 mit ja! und durchstreicht Frage 1 und 3.

Wer nur allein die Krankenunterstützung haben will, beantwortet die 3. Frage mit ja und durchstreicht die 1. und 2. Frage. Das Material zur Urabstimmung, Stimmzettel und Formulare betr. Abstimmungsergebnis, ist in dieser Woche versandt worden. Die Abstimmung selbst kann nun in Mitgliederversammlungen vorgenommen werden, zulässig ist aber auch, daß die Stimmzettel den Mitgliedern in die Wohnung gebracht und von da wieder abgeholt werden. Das Mitglied hat auf seinem Abstimmungszettel seinen Namen und die Nummer seines Mitgliedsbuches zu schreiben. Die Bevollmächtigten resp. die Vertrauensmänner müssen das Protokoll über die Abstimmung mit den Stimmzetteln bis spätestens Freitag, den 18. Dezember d. J. an uns eingekandt haben.

Die Einzelmitglieder erhalten die Stimmzettel mit der nächsten Jahrbuchsendung zugestellt; wir bitten diese Kollegen, den Stimmzettel sofort auszufüllen und an uns einzusenden.

Nach dem 18. Dezember eingehende Abstimmungsergebnisse werden nicht mehr berücksichtigt.

Wir bitten nun die Mitglieder nochmals, daß sie sich recht zahlreich an der Urabstimmung beteiligen.

Nürnberg, 23. November 1903.

Der Vorstand.

Erneuerung der Handelsverträge.

„Vorsicht ist die Mutter der Weisheit“ denkt die Reichsregierung und sie besorgt daher in bezug auf die Handelsverträge eine neue Taktik. Früher war es üblich, die Handelsverträge entsprechend der gewöhnlichen Kündigungsklausel in denselben ein Jahr vor ihrem Ablauf zu kündigen und während der einjährigen Kündigungsfrist den Abschluß eines neuen Handelsvertrages zu betreiben. So ist es auch anfangs der neunziger Jahre gemacht worden und die auf diese Weise zustande gekommenen neuen Handelsverträge bestehen heute noch und zwar mit Desterreich-Ungarn, Rumänien, Italien, der Schweiz und Belgien; in den Jahren 1892 bis 1894 gab der Reichstag diesen Verträgen seine Zustimmung. Mit andern Staaten, wie Frankreich, England und seinen Kolonien, mit den Vereinigten Staaten, Argentinien u. s. w. steht Deutschland im sogenannten Meißbegünstigungsverhältnis, d. h. in einem Vertragsverhältnis, wonach es mit diesen Staaten übereingekommen ist, daß jede Erniedrigung der Einfuhrzölle, die das eine Land einem dritten fremden Lande gewährt, auch ohne weiteres dem Lande, mit dem es einen Meißbegünstigungsvertrag abgeschlossen hat, zu gute kommt; dieses Verhältnis ist durch die Handelsverträge von 1892 bis 1894 beeinflusst und entsprechend umgestaltet worden und es wird auch in der nächsten Zukunft wieder entsprechende Änderungen erfahren, falls neue Handelsverträge abgeschlossen werden.

Die bestehenden Handelsverträge laufen mit Ende dieses Jahres ab und sie hätten daher Ende 1902 gekündigt werden sollen. Es ist aber keine Kündigung erfolgt, weder von Deutschland, noch von andern Vertragsstaaten und so laufen sie stillschweigend ein Jahr weiter, können aber nun nach Ablauf der vertragsmäßigen Gültigkeit an jedem beliebigen Tage auf die Dauer eines Jahres gekündigt werden. Die handelspolitische Situation wird dadurch eine recht ungewisse und sie muß zu Störungen und Schädigungen des Wirtschaftslebens führen.

Warum ist aber keine Kündigung der Handelsverträge erfolgt, namentlich nicht von deutscher Seite, wo doch einflussreiche Interessengruppen, wie die Junker samt ihrem ganzen agrarischen Anhang, vor Ungehebel förmlich brennen und es kaum erwarten können, bis ihre idealen Wuchergölle in Kraft treten und ihre unheilvolle Wirksamkeit beginnen? Weil die Reichsregierung, die jener berückichtigten Dezemberrnacht, in der unter brutaler Vergewaltigung der Opposition der neue Wuchertarif durchgezogen wurde, ihren Segen gegeben, vor diesem Tarif ein heimliches Grauen empfindet, dem sie nur Schleiches aber nichts Gutes zutraut. Die Reichsregierung ist offenbar nicht davon überzeugt, daß sie mit dem neuen Tarif neue und für das deutsche Wirtschaftsleben günstige Handelsverträge abschließen kann und da sie im Hinblick auf seine unheilvollen, verheerenden Wirkungen offenbar auch davor zurückschreckt, den Zolltarif in Kraft zu setzen und den Zollkrieg zu proklamieren, so hat sie keinen Handelsvertrag gekündigt und die Verhandlungen über den Abschluß neuer Handelsverträge mit mehreren Vertragsstaaten begonnen, während die alten Verträge weiter laufen. In dieser notgedrungenen neuen handelspolitischen Taktik liegt bereits die schärfste Verurteilung des ungeheuerlichen Wuchertarifs, liegt dessen Bankrott.

Unter diesen obwaltenden Umständen ist die Taktik der Reichsregierung eine recht kluge, denn im schlimmsten Falle muß sie nicht den Wuchertarif in Kraft setzen, wie das den Zollmüchereern als Ideal vorzuziehen, sondern sie kann die bestehenden und bewährten Handelsverträge nicht nur stillschweigend weiter laufen lassen, sondern sie auch auf eine neue mehrjährige Dauer verlängern. Freilich ist dabei Voraussetzung, daß die Vertragsstaaten auf dem gleichen Standpunkt stehen, was bis jetzt insofern der Fall, als tatsächlich keiner von ihnen den Vertrag mit Deutschland gekündigt hat. Dagegen hat die Schweiz ihren Handelsvertrag mit Italien und Desterreich-Ungarn denjenigen mit Italien ebenfalls gekündigt. Die ersten zwei Staaten sind zu neuen Verhandlungen gerüstet. Die Schweiz hat ihren Zolltarif in der Volksabstimmung durchgebracht, die italienische Regierung hat unter Umgehung des Parlaments den Zolltarif durch königliches Dekret einfach prozentual erhöhen lassen. Eine sehr vereinfachte Zollpolitik. Dagegen ist Desterreich-Ungarn nicht gerüstet, da die letztere Reichshälfte infolge der

Obstruktion der Opposition zur Behandlung des Zolltarifs noch gar nicht gekommen ist. Wie da die Verhandlungen aufgenommen und gepflogen werden, bleibt abzuwarten. Beide Staaten haben ihre Verträge mit Italien gekündigt, weil sie für dieses günstiger als für sie selbst sind.

Ohne vorausgegangene Vertragskündigung hat die deutsche Reichsregierung zuerst mit Rußland und sodann mit der Schweiz die Verhandlungen über den Abschluß neuer Handelsverträge aufgenommen und auch mit Italien sollen sie demnächst beginnen. Nähere Einzelheiten über die mit den bisherigen Verhandlungen erteilten Resultate gelangen nicht in die Öffentlichkeit, doch ist es wohl noch in keinem Falle zum Abschluß eines Vertrages gekommen, die Verhandlungen sind gegenwärtig ausgelegt, sollen aber wieder aufgenommen werden. Ueber die zwischen den deutschen und schweizerischen Unterhändlern geführten Verhandlungen ist in die Presse so viel gekommen, daß dieselben sich sehr schwierig gestalten und daß man mit den bisherigen noch langen Verhandlungen nicht über die ersten Vorträge hinausgekommen, was durchaus glaublich und angesichts der allseitigen hohen Zolltarife nicht verwunderlich ist. Dann aber besteht die Aussicht, daß sich die Verhandlungen ein Jahr lang hinziehen und dann vielleicht erst noch ausgehen wie das Hornberger Schießen. Und das wäre für die Arbeiter noch das Beste, denn dann würden eben die bestehenden Handelsverträge bis auf weiteres in Kraft bleiben.

Wie kompliziert die ganze handelspolitische Lage durch den deutschen Wuchertarif gestaltet worden ist, wird auch von der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen dargetan. In einer Publikation macht sie auf die für die Leder- und Schuhindustrie bedeutsamen Zölle auf Quebrachholz und Galläpfel aufmerksam, welche beide Rohstoffe aus Amerika und China und andern asiatischen Ländern bezogen werden und daher bei den Verhandlungen mit unsern Vertragsstaaten gar nicht in Betracht kommen, also auch nicht in Tausch gegen andere Waren herabgesetzt werden können. Diese gemeinschaftlichen hohen Zölle würden also auch bei dem Abschluß von günstigen neuen Verträgen unverändert bleiben. Um nun ihre gemeinschaftliche Wirksamkeit lahm zu legen, empfiehlt die genannte Zentralstelle die Rückvergütung der unzulässigen Zollsätze auf Rohmaterialien bei Ausfuhr der daraus gefertigten Fabrikate. Das wäre eine Falle und erst noch sehr unständliche Maßregel. Die Gegner jener schamlosen Wuchergölle sollten auf bezügliche Revision des Zolltarifs bringen und die gänzliche Beseitigung der Zölle auf Rohstoffe fordern. Würde nach dem Vorschlag der Zentralstelle die Rückvergütung eingeführt, so hätten die 58 Millionen Einwohner des deutschen Reiches als Oberkonumenten in den höheren Leder- und Schuhpreisen die Wuchergölle voll und ganz mit zu bezahlen, die ausländischen Käufer von deutschem Leder aber hätten das Vergnügen, daselbe um einen, um den Zollbetrag niedrigeren Preis zu erhalten, als ihre deutschen Konkurrenten, eine Preispolitik, wie sie bekanntlich die Kartelle und Syndikate betreiben und die gerade darum auch für hohe Zölle schwärmen. Die Zentralstelle zur Vorbereitung von Handelsverträgen sollte aber in dieser Frage einen ganz andern, den von uns gezeichneten Standpunkt einnehmen.

Der „Schuhmarkt“ fordert speziell im Hinblick auf die zunehmende amerikanische Konkurrenz die Regierung auf, bei den jetzigen Verhandlungen über den Abschluß neuer Handelsverträge ihr Augenmerk darauf zu richten, daß die andern Vertragsstaaten ihre Schuhwarenzölle auf eine maßvolle Biffer reduzieren. Damit sind wir durchaus einverstanden. In Betracht hierfür kommen Rußland, Schweden, Belgien, Spanien, Portugal, die Türkei, Ägypten u. s. w. Dabei übersehen aber der „Schuhmarkt“, daß gerade mit Amerika, dessen Schuhkonkurrenz er fürchtet, kein Handelsvertrag geschlossen, sondern nur ein „handelspolitisches Abkommen“, welches vom 10. Juli 1900 datiert und folgende Meißbegünstigungsklausel enthält: „Als Gegenleistung sichert die kaiserlich deutsche Regierung den Erzeugnissen der Vereinigten Staaten bei der Einfuhr nach Deutschland diejenigen Zollsätze zu, welche durch die in den Jahren 1891 und 1894 zwischen Deutschland einerseits und Belgien, Italien, Desterreich-Ungarn, Rumänien, Rußland, Schweiz und Serbien andererseits abgeschlossenen Handelsverträge diesen

Ländern zugefandenen worden sind." Soll nun von Amerika eine Ermäßigung seiner in der Tat hohen Schutzzölle erlangt werden, so wird eben eine Aenderung des bestehenden Handelsabkommens angestrebt werden müssen. Ob sich dazu aber die deutsche Reichsregierung entschließen wird, darf sehr stark bezweifelt werden. Uebrigens ist die Schuhindustrie in dem ganz freihändlerischen England, wohin doch der relativ größte Teil des amerikanischen Schuhexports geht, nicht zu grunde gegangen, im Gegenteil! Hier dadurch die englischen Schuhfabrikanten zu einer rationalen Organisation der Produktion angepörrt worden und in der Tat steht die englische Schuhindustrie mit ihrem Export trotz Amerika an erster Stelle auf dem Weltmarkt.

Auf jeden Fall darf man der weiteren Gestaltung der handelspolitischen Verhältnisse mit dem größten Interesse entgegensehen. Die siegreichen Zollwucherer des Dezember 1902 denken schon seit längerer Zeit, seit dem nachgefolgten ernüchternden Ragenjammer nicht mehr so groß von dem Wuchertarif, wie während des Kampfes und es ist sehr wohl möglich, daß ein Zustand eintritt, der für sie völlige Enttäuschung bietet und der ihnen dann den Seufzer entlockt: „Das ist der Fluch der bösen Tat.“ Wir aber wiederholen den Kriegsruf, mit dem vor einem halben Jahre die Arbeiterpartei in den Wahlkampf zog: „Fort mit jedem neuen Handelsvertrag, der das Brot flücker belastet, als es bisher belastet worden ist! Fort mit den wucherischen Minimalzöllen für Getreide!“

Aus unserm Beruf.

Wien. Bei der Firma Jütting sind mit den Büchern Lohnunterschieden ausgebrochen. Zugang ist daher streng fernzuhalten.

Breslau. Zugang nach hier ist fernzuhalten, da in der Dornowischen Schuhfabrik (Popelwitz) Differenzen ausgebrochen sind.

Bromberg. In der Schuhfabrik von Brilles hier ist es anlässlich der Einführung von Zwischmachinchen zu Differenzen gekommen, die schließlich zur Arbeitsverdrängung der Arbeiter führten. Trotz aller Bemühungen war es nicht möglich, eine Einigung herbeizuführen. Die Akkordfrage, welche der Fabrikant den Arbeitern anbot, stehen immer noch unter den niedrigsten Sätzen, welche in der östlichen Fabrik gelehrt werden. In der nächsten Nummer werden wir die Angelegenheit noch näher erörtern.

Eppendorf i. S. Wir bitten den Zugang von Zwischern fernzuhalten.

Kirchheimbolanden. Die Zwitter der Firma Lobitz & Wallenbach sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Wir bitten den Zugang nach hier fernzuhalten.

Offenbach. Zugang nach Offenbach ist strengstens fernzuhalten, da hier eine große Anzahl arbeitsloser Kollegen vorhanden ist.

Wetzlar. Wie bereits in voriger Nummer kurz mitgeteilt wurde, ist die Lohnbewegung der hiesigen Zwitter zugunsten derselben erledigt und wurden die folgenden Artikel die Löhne aufgebessert: Laackapen 2 Pf. mehr, Dauf auf Leder 4 Pf. mehr, Feilwulst 3 Pf. mehr, Maßpaar, abnorm 5 Pf. mehr, Einzelpaar, außer Kommission, 5 Pf. mehr, farbiges Leder, außer Ziegen, Serren, 2 Pf. mehr, Damen 1 Pf. mehr. Außerdem sollen alle Wünsche auf Einführung, Einstellung usw. bekräftigt werden. Dies zu beachten ist Aufgabe der Zwitter.

Vom Niedergang des Schuhmacherhandwerks. In dem jüngst erschienenen Jahresbericht der Handelskammer zu Altona lesen wir: „Bereits im vorigen Berichtsjahre konnten wir nur über eine äußerst schlechte Geschäftslage berichten, leider sind auch diesmal Klagen abgehört.“ Wieder sind es nur die Fabrikanten und Handwerker, die an dem langsamen Untergang des Schuhmacherhandwerks arbeiten. Diese begnügen sich jetzt nicht mehr allein mit der Verfertigung fertiger Schuhwaren, die zu Spottpreisen veräußert werden, zu denen ein handwerkstüchtiger Schuhmacher je nicht liefern kann, sondern beschäftigen sich auch bereits mit Reparaturen von Schuhwaren und nehmen so dem handwerkstüchtigen Schuhmacher auch noch das Letzte. Es kommt noch hinzu, daß auch das Leder enorm im Preise gestiegen ist und, wie im Schmetzerhandwerk, seitens der Konsumenten ein äußerst langer Kredit beanprucht wird. Ein der Preissteigerung des Rohmaterials entsprechender Aufschlag auf fertige Ware war nicht immer durchzuführen, jedoch der Verdienst noch mehr reduziert wurde. Wenigliche Gesellen auch genügen zu erhalten waren, so machte sich der Niedergang des Schuhmacherhandwerks doch in dem äußerst winzigen Angebot von Lehrlingen bemerkbar. Möge auch diesem einst so angehenden Handwerk bald wieder der „goldene Boden“ erschaen.“ Leider das wie und wann (weicht sich der Berichtsteller mit welcher Vorliebe aus).

Über die Erhöhung der Schuhpreise wird von den Schuhfabrikanten in ihrer Presse Stimmung gemacht und der Fabrikantenverband an seine Pflicht erinnert, dieser Frage ernstlich näher zu treten.

Eine Monopolstellung genießt die Schuhindustrie bezugl. das Unternehmertum in Wetzlar. Die Stadtratsordnungsversammlung hat das Verlangen nach Errichtung einer Handwerkschule abgelehnt, weil die Rüsterei und Schuhfabrikation den weitlichen Personen „hindernde und löhnende (?) Beschäftigung“ geben und in letzterem Industriezweig Mangel an Arbeitern besteht. Trotz der löhnenden Beschäftigung? Das ist ja recht seltsam. Die Errichtung der genannten Schule war von der Regierung angezogen worden. Die Handwerkschulen dürften allerdings Freude über das Ausbleiben neuer weitlicher Konkurrenten haben.

Ausstellungen-Industrie. In Dresden veranstaltete im November die Wollstoff- und Produktions-Gesellschaft der Schuh- und Schustermacher eine Ausstellung ihrer Waren, in der unternehmerische Verhältnisse der Fabrikanten der Schuhfabrikanten des Bezirkes für die von ihm für 1904 in Berlin projektierte Handelsausstellung für die Schuh- und Lederindustrie, Ausstellungen und kein Ende. Was alles für Zwecke damit managen verfolgt werden müßten!

Vertrag ist die Genossenschaftsfabrik der hiesigen Schuh- und Lederarbeiter, G. G. m. b. H., in Goch am Niederrhein, nachdem sie vor etwa Jahresfrist gegründet worden. Wie in so manchen andern Fällen wird Mangel an ausreichendem Anlage- und Betriebskapital die Schuld an dem Zusammenbruch tragen. Gegen die Güte der Genossenschafts-idee zeugt dieser neue Fall nicht, denn in England z. B. bestehen und prosperieren die größten Genossenschafts-Schuhfabriken. Viel eher zeigen die hunderte und tausende Zusammenbrüche kapitalistischer Unternehmungen gegen den Fortbestand der bestehenden Genossenschaftsorganisation.

Einhalten der Rüstungsfrist. Das Gewerbeamt verurteilt einen Schuhmacherschleifer, der die Arbeit ohne Rüstung verlassen hatte, worauf der betreffende Rüstler Weideraufnahme oder Entschädigung verlangte, zu 15 M. Rüststrafe. Unsere Kollegen mögen davon Notiz nehmen.

Preisermäßigung im Berliner Schuhhandel. Die Schuhfabrikanten und ihre Angestellten in Berlin haben einen Auspruch über Preis und den Beschäftigungsstand des Bezirks der Berliner Schuhfabrikanten als Vorkursbest. 4. h. die Schuhfabrikanten haben 8 die Angestellten 4 Vertreter. Diese Angestellten scheinen sehr geneigt zu sein, daß sie sich mit einer jeden Zusammenkunft der Kommission zufrieden geben. Preislich die Berliner Schuhfabrikanten sind noch schlimmer, sie wollen von einer Gleichberechtigung der Arbeiter überhaupt nicht wissen. Schärfe Opposition machen die Angestellten gegen die Preisermäßigung, die zu 2 M., welche die Stellenvermittlung des Bezirks der Schuhfabrikanten erhebt. Bei diesen Leuten ist eben alles Geschäft.

Keine Zwischfälle mehr im Munde. Ueber die Gesundheitsgefährlichkeit der Gemachtheit der Zwitter, die Zwischfälle in den Mund zu stecken, wo sie die Schleimhäute verletzen und entzündet, ja sogar verfaulen, ist schon öfters geschrieben worden. Im letzten Bericht der preussischen Fabrikinspektion ist sie ebenfalls, wie wir seltener mitteilen, besprochen worden. Nun hat Herr Herdorf in Birmansien, wie mit dem „Schuhmarkt“ entnehmen, einen Apparat erunden, der nicht nur das Ergriffen der Stifte schneller und sicher als vom Munde aus ermöglicht, indem der Apparat der fortschreitenden Arbeit folgt, sondern auch, da er zusammenlegbar und verstellbar, billiger ist als jeder andere sogenannte Zwischfall. Hoffentlich macht die Fabrikanten mit dem Apparat Bekanntschaft und schaffen ihn dann, selbstverständlich auf ihre Kosten, für sämtliche Zwitter an, sobald er sich als zweckmäßig erweist.

Die Erhöhung der Schuhpreise haben die Weissenfelder Schuhfabrikanten beschloffen. Für das Frühjahrsgeschäft wird eine harte Preissteigerung als notwendig erachtet, da zu dieser Zeit alle Abfälle in Rohmaterialien nicht mehr bestehen dürften, vielmehr wohl überall die bedeutenden Preissteigerungen für sämtliche Materialien und Zutaten bemerkt werden müssen.

Die Erhöhungen der Lederpreise dauern fort, auch die jüdische und weltliche Gruppe der deutschen Lederfabrikanten sowie die Vereinigung der Lederfabrikanten in Hessen-Nassau, Waldack und den angrenzenden Bezirken haben solche beschloffen.

Mit Aufträgen überhastet ist das Stiefelgeschäft in Syndikat, so daß die Zentralverwaltung deutscher Schuhmacher-Genossenschaften bekannt gibt, Befreiungen jetzt sechs Wochen in Anspruch nehmen.

Im den „Einflusskreis“ der vereinigten Schuhfabrikanten ist in der Fabrikantenliste die in den Kreisen der Schuhfabrikanten und der Schuhverleiher der Kampf entbrannt, der aber maßhaltend damit enden wird, daß wieder alles beim alten bleibt.

Die Berliner Schuhmacher-Zusammenschlüsse zählt 2626 Mitglieder, die gesamte Mitgliederzahl der Berliner Innungen beträgt 29298. Die Schuhmacher-Zwangsinnung in Flensburg ist nur mit einer Stimme Mehrheit von dem Schicksal der Auflösung bewahrt worden. Dann wird sie wohl nicht mehr lange leben.

37 Unfälle sind in der Zeit vom 19. Oktober bis zum 8. November aus dem Bereich der Schuh- und Schäftefabriken bei der Beschäftigung mit Berufsgenossenschaft gemeldet worden. Ueber einen schweren Unfall wird aus Birmansien berichtet: In der Schuhfabrik von Franz Schöller wolle der 16 Jahre alte Glätter Ludwig Rau den Riemen von der Transmissionscheibe abwerfen. Hierbei wurde sein Arm von der Transmissionscheibe erfaßt und derart querschnitt, daß ihm derselbe maßhaltend abgenommen werden muß. Das ist das Risiko der Arbeiter und dafür erhalten sie einen geringen Lohn.

Mac-Ray, der Erfinder der Sohlendurchschneidmaschine, ist in Remport (Amerika) gestorben. Mac-Ray ist eigentlich nicht der Erfinder der nach ihm benannten Maschine, sondern nur der Verfeinerer derselben gewesen. Mac-Ray wußte sich frühzeitig dem Maschinenbau, da ihm eines Tages L. A. Blatt, welcher eine Durchschneidmaschine erfunden und das Patent hierauf erworben hatte, zu demselben und sagte ihm, daß die Maschine nicht funktioniere. Mac-Ray untersuchte die Maschine und fand sofort, daß nur einige kleine Verbesserungen notwendig seien und kaufte L. A. Blatt das Patent ab. Welch guten Geist Mac-Ray mit der Erwerbung des Patentes gemacht hätte, geht wohl daraus hervor, daß schon nach kurzer Zeit über 70 Schuhfabriken die Maschine teilweise übernommen hatten. Mit der Einführung dieser Durchschneidmaschine trat eine neue Phase in der Entwicklung der Schuhfabrikation ein. Erst durch die Einführung dieser Maschine war und wurde die „mechanische“ Fabrikation von Schuhwaren möglich. Seit dem, daß auch sofort eine sehr große Nachfrage nach dieser Maschine entstand und daß wenige Jahre nach der Einführung derselben kein Betrieb, welcher die Schuhwarenherstellung abrichtigt, betrieb, mehr ohne diese Maschine anzutreten war. Schon nach zehn Jahren konnte Mac-Ray konstatieren, daß auf seinen Maschinen zehn Millionen Paar Schuhe hergestellt werden, von welchen er eine Abgabe bezog. Im Jahre 1887 gründete er die Mac-Ray Gumming Machine Association und sah sich in kurzer Zeit an der Spitze eines der mächtigsten Monopole der Welt, welches ihm ein ungeheures Vermögen eintrug. Als Siebzehnjähriger heiratete er ein ganz junges Mädchen, welches sich aber schon nach kurzer Zeit wieder von ihm scheiden ließ. Trotzdem setzte er ihr eine jährliche Rente von 130 500 M. aus. Als diese die dann später den Baron Erling, einen deutschen Diplomaten, heiratete, landte er für einen Obelisk über 850 000 M. als Hochzeitsgeschenk. Sein Vermögen wird auf 127 1/2 Millionen Mark geschätzt, der Harvard-Universität vermachte er testamentarisch die Summe von 29 1/2 Millionen Mark. Was aus L. A. Blatt, welchem Mac-Ray sein ungeheures Vermögen veranlt, gemorden, darüber ist nichts bekannt.

Der Arbeitsmarkt im Schuhmehergewerbe im September.

Nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“ war an den berichtenden Arbeitern nachfolgender Art folgende Stellen besetzt:

Ort	Zahl der Arbeitenden	Offene Stellen	Besetzte Stellen
Berlin	24	6	2
Frankfurt a. M.	87	32	22
Schulmader-Zunung	148	66	57
München	68	58	56
Schulmader-Zunung	247	107	90
Nürnberg	150	120	104
Schulmader-Zunung	10	14	3
Dresden	87	48	24
Leipzig	208	179	179
Schulmader-Zunung			

Der Verein deutscher Schuhmacher Berlin bemerkt zu seinen Angaben kurz: „Eiell“, die Zahlstelle Leipzig: „Die meisten der offenen Stellen waren Ausschilffstellen, welche die Arbeitenden nicht annehmen wollten.“ Die Schuhmacher-Zunung Dresden macht die Bemerkung: „Zur Besetzung der 90 Stellen waren 247 Arbeitende erforderlich, weil ein großer Teil der letzteren

keine Stelle auf dem Lande annehmen wollte.“ So rächt sich die Rückständigkeit der Arbeiter- und Lohnverhältnisse nicht im Gewerbe auf dem Lande, wo noch eine unbegrenzte Arbeitsbeschäftigung und Lohn mit Verpflegung häufig, genug, sehr viel zu wünschen übrig lassen. Von den vorstehend erwähnten Arbeitenden müssen weichen die Innungen in Hamburg und Dresden den hiesigen Berlin auf. Auffallend ist, daß die Zahlstelle Leipzig und Berlin des Vereins deutscher Schuhmacher so wenige Vermittelungen zu Hande bringen. Warum liegt das? Im übrigen zeigt die Lebenskraft, daß der Rückgang in Schuhmehergewerbe das Angebot größer ist als die Nachfrage; insgesamt fanden 590 offenen Stellen 229 Arbeitende gegenüber, von denen 53 7 platziert wurden. Daraus ergibt sich nur häufiger Arbeitsmangel, sondern auch permanente Arbeitslosigkeit von lebigen und vertriebenen Kollegen. Ein weiterer Beweis für die Notwendigkeit der Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung.

Die Lederunternehmung und die Arbeiter der Schuhindustrie.

Zu den Kreisen der deutschen Lederfabrikanten herrscht seit einigen Monaten ein wahres Fieber von Misstrauen, deren eine die andere jagt und wobei die Lederfabrikanten keinen Augenblick mehr zur Ruhe kommen können. Wenn es das Wort von der „Beunruhigung der Industrie“, das so oft in kapitalistischer Sprache in wohlbedachter Absicht gegen die Arbeiterbewegung gebraucht wurde, Bezeugung hatte, so zeigt sich hierüberarbeiten den Industriellen gegenüber den wiederholten Erhöhungen der Lederpreise.

Die Lederfabrikanten sind gut organisiert und zwar in mehreren Verbänden, die sich über bestimmte Bezirke verbreiten und alle dieselben Zwecke und Tendenzen verfolgen. Neben den verschiedenen Verbänden besteht noch als allgemeine, zentrale Organisation der „Verein deutscher Lederfabrikanten“. In den letzten Wochen haben alle diese Fabrikanten-Vereinigungen Versammlungen abgehalten, die sich mit dem projektieren, von uns bereits besprochenen Leder-Kartell sowie mit der Frage, weiterer Preissteigerungen beschäftigten und ausnahmslos in allen Punkten einig waren. Wir erwähnen die Versammlungen des Verbandes deutscher Lederfabrikanten in Dresden, der Thüringisch-Schlesischer Lederfabrikanten in Göttingen, der Rheinisch-Westfälischen Lederfabrikanten in Magdeburg, des Rheinisch-deutschen Lederfabrikanten in Frankfurt a. M. In allen Versammlungen wurden für alle Lederfabriken Preissteigerungen von 3, 5 bis 10 M. pro Zentner beschlossen und die neuen Preise sofort in Kraft erklärt. Die Versammlung in Frankfurt a. M. war eine öffentliche Versammlung von ca. 170 Personen, die aus allen Teilen des Reiches gekommen waren. Diese stimmten einmütig folgender Resolution zu: „Die vom Verein deutscher Lederfabrikanten unterbreitete von über 170 Personen besuchte öffentliche Versammlung beschließt eine sofort in Kraft tretende Erhöhung der Lederpreise um mindestens die folgenden Sätze:

- Für Sohl- und Bagelleder in halben Häuten 5 M. p. Zentner;
- Gruppen von Sohl-, Bagel- und Fierenzleder 10 „
- Sohlelederstücke und Bagelstücke 8 „
- Bagelstücke 6 „
- Reinleder 5 „
- Reinleder und Lippe 10 „
- Kalbleder 10 „
- Stromtrind, Bogal und Chereaux 5 M. p. Zentner.

Diese Preissteigerung entspricht nur einem Bruchteil der enormen Preissteigerungen für Rohstoffe und Werkstoffe. Eine weitere Erhöhung der Lederpreise wird sich in allerhöchster Zeit als notwendig erweisen, wenn nicht entgegen jeder Voraussicht die Schlachtungen auf den hauptsächlichsten Fleischproduktionsplätzen der Welt erheblich zunehmen und dadurch der Preis des Rohmaterials sinken sollte.

Begründet wird also die ausnahmsweise Preissteigerung mit den hohen Hauptpreisen, über die die Frankfurter Versammlung ebenfalls diskutiert und durch Annahme einer Resolution bestätigt ist, wodurch die Lederfabrikanten sich verpflichten, bei den Lederunternehmungen nicht in Preisüberbietungen und Bagelhaftigkeit Preissteigerungen zu machen. In der bezüglichsten Diskussion hat die Mehrheit der Lederfabrikanten die Forderung der Arbeitergehilfen, daß die Unrentabilität der Lederfabrikation mit dem Umkreis beantwortet, daß ja die großen Leder-Ateliers-Gesellschaften fortwährend ihr Kapital zu Betriebszwecken erhöhen und große Dividenden zahlen. Das ist ebenso gut wie treffend und deutet auch darauf hin, daß die Erhöhung der Lederpreise nicht nur wegen der hohen Hauptpreise erfolgt, sondern offenbar in der Hauptache zur Erhöhung der Geschäftsgewinne, wiewohl schon nach ja auch das projektierte Kartell dienen soll.

Aus den Kreisen der Schuhfabrikanten, werden die fortwährend steigenden der Lederpreise beantwortet mit der Forderung der Erhöhung der Schuhpreise und es wird der Verband der Schuh- und Schäftefabrikanten ausgesprochen, dazu die Initiative zu ergreifen. In der Tat rief der „Schuhmarkt“, daß der Verbandsvorstand für die nächste Zeit eine Sitzung der Ausschüßmitglieder einberufen, in der ausschließlich über die Erhöhung der Schuhpreise verhandelt und beschlossen werden wird. Inzwischen häufen sich aber die Nachrichten über Rohmaterialien und „Lohregulierung“, über die auffallend häufige Einführung von Zwischmachinchen, um die Arbeiter auf die Straße werfen und die Löhne der vertriebenen Arbeiter auf ein Trümel herabzudrücken zu können. In diesen Vorgängen muß man Besätze erkennen, die Lederunternehmung durch Hungerlöhne auszugleichen, den Lederbaronen die fehlenden Gewinne aus Kosten der armen Fabrik-Schuhmacher zu ersatzgeben. Vielleicht werden in den Bezirken ähnliche „Ausgleichungen“ versucht.

Darum, Kollegen, seid wachsam, laßt euch keinen Pfennig von eurem ohnehin schlechten und ungenügenden Arbeitslohn für die Lederbarone rauben, ruft den Schuhfabrikanten, die diese Rücksichtslosigkeit begehen wollen, ein energisches „Günde weg!“ zu.

Vertrauensleute des Birmansien Streikbrecher-Vereins.

Zum wiederholten Male waren wir in der ungenügenden Lage, berichten zu können, daß sich Arbeiter entschließen dagegen verweigern, als Mitglieder und Vertrauensleute dieses Vereins gerechnet zu werden. Heute können wir mitteilen, daß auch schon einige Arbeiter, welche bereits Mitglieder waren und Beiträge geleistet haben, genug von dieser sonderbaren Art „Arbeiterunterstützungsverein“ haben und nichts mehr von derselben wissen wollen, nachdem sie erkannt haben, was man von Seiten der Unternehmer damit will.

Ein Arbeiter, namens Feinich Amann, erklärt uns, daß er ganz unbeeinträchtigt geblieben habe, wie er diesem Verein beigetreten sei und als Vertrauensmann ernannt wurde, ohne daß er von gefragt wurde. Dies alles beweist, wie die Fabrikanten zu Werke gehen, um nur eilige Beweise für ihre unaufrichtigen Maßnahmen zu erhalten. A. trat aus dem Streikbrecherverein aus und ließ sich sofort in unsern Verband aufnehmen, da er nicht länger zu den Elementen, wie sie dort vorhanden sind, gepaßt werden will.

und hofft, daß die Kollegen ihm den gemachten Fehler nicht weiter anrechnen werden, er lege selbst ein, daß er gefehlt habe, hoffe aber, daß er den Fehler wieder gut machen könne.

Die Wünsche nur, daß alle Arbeiter bald einsehen lernen, auf welche Seite die Waage sich durch den Eintritt in diese, Organisationsbewegungen haben und halbig erziehen den Rücken lehnen, bevor sie durch Schaben flug gemacht werden.

Arbeiter, fällt den Verein deutscher Schuhmacher, nur der ist in der Lage, auch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sichern. Denn die Gefahr erkennen, die auch befohl. Bist die Unternehmer mit ihrem ins Leben gerufenen Streikbrecherkorps nicht den passiven Mitgliedern unter sich und schlägt sich euren, unter einem schmerzlichen Hoch darben den Arbeitkollegen an, um halbig menschenwürdige Zustände in der biesigen Schuhindustrie herbeizuführen zu helfen.

Soziale Rundschau.

Der „Deutsche Arbeiterkongress“ in Frankfurt a. M., über den wir kürzlich berichtet und unsere Meinung geäußert haben, hat die gesamte deutsche Presse beschäftigt. Fast die gesamte Arbeiterpresse beurteilt ihn in gleicher oder ähnlicher Weise wie wir, nur das „Korrespondenzblatt“ beurteilt ihn sehr kühl und ablehnend. Die liberale Presse äußert sich über den Kongress sympathisch, ebenso natürlich die Zentrumspresse, während die konservativen und sonstige Schatzmacherpresse mit ihm unzufrieden ist. Külllich ist, daß das Organ des Bundes der Landwirte, die Berliner „Deutsche Tageszeitung“, mit dem Kongress unzufrieden ist, weil er sich nicht zum Sturmloos gegen die Sozialdemokratie mitbringen ließ. Und dabei hatte doch der zweite Vorlesende des genannten Bundes, Herr Lude, in aufdringlicher Weise den Kongress seiner allernärmsten Sympathien versichert. Schluß meint die „Deutsche Arbeiterzeitung“, daß die sozialdemokratischen Arbeiter daran denken sollten, ob ihre Forderungen nicht gerade die Position ihrer sozialdemokratischen Gegner zu stärken geeignet sind. Und leider hat es nicht den Anschein, als ob diese Folgebildung von den Sozialisten nicht herabgesetzt würde. Traurig für das kapitalistische Deutschland. Da hilft eben nur ein neues Ausnahmengesetz gegen alle sozialdemokratischen Arbeiter, oder wie wäre mit der Proklamierung des Streikrechts gegen sie? Welche! urteilen die „Antisozialdemokratische Korrespondenz“ des bekannten Renegaten Max Lorenz, die „Post“ und die „Kruppsche“ „Berl. N. N.“ des bekannten Galgiers Schweinburg. Die Injurienbeil der Schatzmacher läßt erkennen, was alles sie von Frankfurter Kongress erwarteten.

Der Beirat der Arbeiterstatistik ist am 10. November im Statistischen Amt zu einer Sitzung mit folgender Tagesordnung zusammengetreten: 1. Bericht über die Erhebung der Arbeitszeit im Fleischergewerbe; 2. Bericht des Ausschusses über die Erhebung der Arbeitszeit im Eisenhüttenwesen; 3. mündlicher Bericht des Ausschusses über die gutachtliche Aengernung betreffend Arbeitslosenversicherung; 4. Mitteilung über den Stand der Erhebung der Arbeitszeit im Hüttenwesen; 5. Mitteilung über den Stand der Erhebung der Arbeitszeit in Kontoren.

Der Mißbrauch der fakultativen Proportionalwahl des Gewerbegerichts wird von den christlichen Gewerkschaften wieder einmal in Offenbach a. M. verurteilt, wo die freien Gewerkschaften die große Mehrheit haben. Wir sind durchaus für die Proportionalwahl und zwar nicht nur für das Gewerbegericht, aber sie muß dann allgemein, obligatorisch sein, damit überall Licht und Schatten gleichmäßig verteilt werden. Die Zentrumspartei aber und mit ihr die übrigen bürgerlichen Parteien haben mit der Proportionalwahl für die Gewerbegerichte im Reichstage ein unehrliches Spiel getrieben, das die christlichen Arbeiter nun alle Tage fortsetzen. Darum sind wir entschieden dafür, daß die freien Gewerkschaften das Begehren der Christlichen zurückweisen und ihnen erklären, sie sollen die hinter ihnen stehenden bürgerlichen Parteien veranlassen, die fakultativen Proportionalwahl in die obligatorische umzuwandeln, dann ist alles Beteiligten gelöst. Und dazu kommt es um so eher, je entschlossener die freien Gewerkschaften die demagogische fakultative Proportionalwahl zurückweisen. Bis jetzt ist das Proportionalwahlsystem bei den Gewerbegerichten in Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., Bocholt, Oldenburg, Hagen i. W., Potsdam, München, Mannheim, Ravensberg, Schw.-Olmünd, Göttingen und Wiesbaden zur Anwendung gekommen. Also in keinem einzigen Orte, in dem die Christlichen die Mehrheit haben.

Eine kapitalistische Unverschämtheit sondersgleichens wird aus Augsburg gemeldet. Vor dem dortigen Gewerbegericht mußte ein Arbeiter 50 Pf. einlagen, die ihm beim Austritt aus dem Geschäft für die Auszahlung eines Zeugnisses abzugeben wurden. Der Vorsitzende gab seiner Empörung in nicht mißzuverstehender Weise Ausdruck und meinte, so etwas habe er in seinem ganzen Leben noch nicht gehört, daß man dem Arbeiter für das Schreiben des Zeugnisses, für die Abmeldung bei der Krankenkasse z. B. 50 Pf. abholt.

Gefß der „Herr Anwalt“, dann der Kaiser. Wie wir dem „Gewerkeinstand“ entnehmen, ist im Hiesigen-Duisburger Arbeiterverein in Lanban zuerst auf den „Herrn Anwalt“ Dr. Max Hiesch und Johann auf ein Hoch ausgebracht worden. Die Katholiken bringen bekanntlich ihr Hoch erst dem Papst und dann dem Kaiser. Man sollte meinen, in Arbeitervereinen ginge es auch ohne die Anobung von Personen. Etwas anderes ist es mit einem Hoch auf die gute Sache, für die ja jeder seine Interessen hat.

Einfluß der Preise auf die Lebenshaltung. In einem vom Direktor D. Wenzel jüngst in der Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der deutschen Industrie gehaltenen Vortrag finden sich einige interessante Berechnungen über den Einfluß der wirtschaftlichen Depression des letzten Jahres auf den deutschen Lebensmittelpreis. So ermäßigte sich z. B. im Jahre 1902 der Preis der Kartoffeln um 79, Prozent, während der des Weizens ziemlich unverändert blieb, der des Roggens aber um 2 1/2 Prozent stieg. Gleichzeitig erhöhten sich die Fleischpreise

für Kinder	um 4,10 Mt.	pro Doppelzentner Schlachtgewicht
„ Schweine	„ 6,80	„
„ Rälber	„ 7,20	„
„ Sammel	„ 7,90	„

Betrachtet man nun diesen Zahlen gegenüber die Verbrauchsfiguren pro Kopf der Bevölkerung, so ergibt sich, in welchem Maße die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen zurückgegangen, wie an die Stelle des nächstbesseren Brotes die mäßigere Kartoffel getreten und die entbehrlichsten Genussmittel eingespart und durch Surrogate ersetzt worden sind. Es stellte sich nämlich der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung

an Roggen Weizen Kartoffeln Serringe Zucker Kaffee	Kilogramm				
1900/01 auf 147,6	91,0	604,6	3,59	12,3	3,01
1901/02 „ 187,7	85,9	782,4	4,06	11,6	2,95

Ergänzt werden diese Zahlen durch die Berichte der Handelskammern und wirtschaftlichen Berechnungen, aus denen sich ergibt, daß auch der Verbrauch von Tabak und Bier zurückgegangen ist.

Der Stand des wirtschaftlichen Kampfes.

(Vom 17. bis 23. November.)

Über den Streik in Grimnitzhau, wo immer noch 7000 Textilarbeiter, wie die Wäurern festhalten, nimmt augenblicklich die brutale Auspressung der Arbeiter in den verschiedenen Orten das meiste Interesse in Anspruch. Für diejenigen, die uns stets so gerne „Anarchismus“ vormerken, ist dies „Pöbelant“ beutlicher Fabrikanten eine nützliche Lehre: Nur weil in Witten und fürstenwalde die Arbeiter nicht erbarmlich zu Kreuze kriechen wollen, weil sie sich in Rechte stellen mit ihren Forderungen, nur weil den Herren Fabrikanten das selbst das Feuer auf den Wäurern brennt, sollen tausende brauer Arbeiter, die den Vorgängen in Fürstenwalde und Witten überhaupt fernstehen, auf Pfahler geworfen werden! Ungeduldrige brave Familienväter in Reichen, Augsburg, Leubenz, Kürberg z. werden dem Hunger und der Kälte des Winters ausgeliefert, nur weil sie ihre streikenden Kollegen nicht zum Unterhandeln veranlassen! Und der Staatsanwalt und die Politischen gehen ruhig zu! So will es die famose „Rechtsgarantie“ in Preußen-Deutschland.

Unerwartet in Kampfesstellung geraten sind plötzlich die Vergolder in einigen Orten Deutschlands. Diese Arbeiter waren bisher vor größeren Differenzen noch passiv geblieben. Fast überall sind Lohnabzüge die Ursache der Differenzen. So in Wehrand, Berlin, Stettin und Eitelnd. Nur dadurch, daß der Verband eintrug, wurde ein größerer Konflikt vermieden. An sonstigen Streiks sind besonders bemerkenswert: Die Waggonarbeiter in Breslau und 91 Gasarbeiter in Berlin sowie ein Transportarbeiter wurden gemagtregelt, weil sie zur Landtagswahl gegangen waren. — Die Arbeiter der Firma Wölkner in Wäurern der Zwölftaus erreichen die Verlängerung der Arbeitszeit um eine volle Stunde. — Die Friseur in Kündel fordern Anerkennung der Organisation, Freigabe des 2. Feiertags, Abschaffung von Kost und Logis z. — Die Buchhändler haben jetzt in allen Großstädten in der Bewegung. In Hamburg haben 77 Firmen mit 410 Arbeitern bewilligen müssen. Die Organisation nimmt stetig zu. Will sie sich nicht droppen lassen wollen, werden in Kurort 22 Stellen mehr e, meist Familienväter auf Pfahler geworfen. — Die Schiffsarbeiter in Leipzig kämpfen um Verlängerung der Arbeitszeit von 9 auf 8 1/2 Stunden. Der Ausbruch ist ein allgemeiner und zieht viele Kreise. Der Buchdruckerverband steht jedoch hinter den Ausständigen. — Die Kürschner in Hamburg (159 Mann) wurden ausgeperit. B. M.

Mitteilungen.

Düsseldorf. Eine öffentliche Schuhmacherverammlung tagte hier am 9. November, in welcher der Vorsitzende des Allgemeinen Ausschusses Bericht erstattete über die Stellungnahme der Schuhmachervereinigung betreffend die Errichtung eines Einigungsamtes. Eine im Juni d. J. stattgefundene öffentliche Versammlung stellte fest, daß eine Anzahl Firmen, namentlich Besohlnhallen den Fall von 1902 nicht einhalten. Die aus diesen Organisationsgruppen der Arbeitnehmer hervorgegangene Kommission sah in der Errichtung eines Einigungsamtes das letzte Mittel zur Anerkennung und allgemeinen Durchführung des Tarifs. Diese beauftragte den Allgemeinen Ausschuss, diese Errichtung bei der Annahme zu beantragen, was auch geschah. Die Nachricht, welche kürzlich einige Blätter brachten, es habe schon eine von Meistern und Gesellen besuchte Versammlung sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt, welche den Anträgen, als für die Ansetzung der Sache von den Meistern ausgegangen, beruht auf Unwahrheit. Endlich jetzt, nach Monaten, hat die Annahme der Angelegenheit Stellung genommen und zwar hat sie die Errichtung eines Einigungsamtes mit allen gegen nur 6 Stimmen abgelehnt. Der Meistern, sowie sämtliche Redner, welche in der Diskussion sprachen, verurteilten die Haltung der Annahmegerneiter. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heute tagende öffentliche Schuhmacherverammlung nimmt davon Kenntnis, daß die Schuhmachervereinigung den Antrag des Allgemeinen Ausschusses, am 1. März ein Einigungsamt für Schuhmacher zu gründen, ablehnte. Die Versammlung erhebt hieraus, daß es der Annahme mit der Durchführung des Lohntarifs von 1902 nicht entspricht. Die Versammlung beauftragt die Kommission, mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln die allgemeine Durchführung des Tarifs zu erzwingen. Die Mitglieder des Vereins deutscher Schuhmacher sowie des christlichen Schuhmacherverbandes verpflichten sich, die Kommission bei ihrem Vorhaben nach besten Kräften zu unterstützen. Des weitern verordnete der Meistern, daß der Annahmenschluss des Vereins die Errichtung eines Einigungsamtes planmäßig und bererits Beratungen hierüber pflegt. Meistern legte eingehend die Gründe dar, welche uns gegen dergleichen Schritte einleuchten und hob die Vorteile der Gewerbegerichte gegen jene hervor. In der Annahme habe man ihm, als er sich dagegen ausgesprochen, zugewinkt, er habe sich nur sozial ihr Lust hat, mit bekommen doch unter Schatzmacher. Nach längerer Debatte, in welcher allgemein der Ausführenden des Meisterns zugestimmt wurde, nahm die Versammlung eine weitere Resolution an, in welcher gegen den Plan des Annahmenschlusses ein Schiedsgericht zu errichten, proklamiert wird. Die Versammlung hält ein solches als überflüssig, da in dem vorhandenen Gewerbegericht eine Institution besteht, welche allen Anforderungen entspricht.

Grenzfriedersdorf. Hier fand eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, in der Kollege Kölle über die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und die Aufgaben der Gewerkschaftsorganisationen referierte. Der Redner führte in leicht verständlicher Weise den Kollegen die Kämpfe der Gegenwart vor Augen, sowie die Aufgaben des Vereins deutscher Schuhmacher. Ferner gab Kollege Kölle eine gründliche Aufklärung über die obligatorische Einführung der Arbeitslosen- und Krankenzuschüsse und forderte alle anwesenden Mitglieder auf, bei der im nächsten Monat stattfindenden Urabstimmung für die Einführung zu stimmen. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten.

Elberfeld. Unsere Mitgliederversammlung beschäftigte sich zunächst mit der Austrittserklärung einiger in der Fabrik von Hassenpflug u. Schmidt beschäftigter Kollegen. Letzter waren dieselben trotz schriftlicher Einladung nicht erschienen. Als Grund hatten sie angegeben, es sei ihnen von einigen Kollegen das Grundprinzip: Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, unwillkürlich gemacht worden. Der Sachverhalt ist folgender: Von den Zwölfen war eine Lohnabzug beabsichtigt und sollte hierzu ein Fonds gebildet werden, was in einer früheren Versammlung gut geheißen wurde, auch wollten die Schaharbeiter die Sache finanziell und moralisch unterstützen. Als nun alles besprochen und geregelt war, erklärten die Ausgetretenen, daß sie, wenn es nicht zur Krisisentscheidung käme, ihr Geld wieder zurück haben wollten. Die Schaharbeiter betraten aber den Standpunkt, daß derartige Geld im Interesse des Vereins verwendet werden müßte und forderten von den Zwölfen, ihren verzeihlichen Standpunkt aufzugeben. Darauf erfolgte die schriftliche Austrittserklärung, mit der obigen Begründung von den folgenden Mitgliedern: Wilhelm Müller, Hugo Jürgens, Karl Ziemberg, Julius Kregeloh (Zwicker) und Emil Rohlfing (Wassfahnenarbeiter). Da die Betreffenden trotz Einladung nicht erschienen waren, müssen wir annehmen, daß es nicht den Rat hatten, diesen traurigen Standpunkt zu vertreten und überlassen, was deren Verbalen der Beurteilung jedes vernünftigen Kollegen. Die hiesige Fabrik war ein Lohnabzug von 25 Prozent auf einen Artikel für die beiden Steppertinnen. In der Diskussion hierüber wurde das

Verhalten dieser Aushollegen gebührend gebrandmarkt. — Beim nächsten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Zimmann eine eingehende Besprechung des früheren Schuhfabrikanten, welcher sich als wichtiger Typus gegenüber seinen Kollegen aufgezeigt habe. Derselbe habe die ihm unterstellten Kollegen öfter mißhandelt und mit einem eigenen Dreifuß geworfen. Einen Kollegen habe er, aus dem Fenster werfen wollen, woran er von dem Redner gehindert wurde. Auch habe er die Kollegen zum Straßenkreuzen kommandiert und denselben Ritter und sonstige Reparaturen nicht mit bezahlet. Die organisierten Kollegen habe er Lumpen und Spühbüden genannt, trotzdem er wegen Unrechtheit von Herrn Brinkmann entlassen worden sei. Herr Brinkmann habe selbst ausgegeben, daß alle Kollegen wegen dem Schahfabrikanten weggegangen seien. Nachdem es dem Kollegen Zimmann durch genaue Kontrolle möglich geworden ist, genügende Beweismittel über die Ehrlichkeit des Sch. zu erhalten, habe er dessen Entlassung durchgesetzt.

Frankfurt. In unserer letzten Mitgliederversammlung fand unter anderem der Punkt Stellungnahme betreffend der Agitationskommission für Baden und die Vorderpals auf der Tagesordnung. Die Debatte darüber ergab, daß die Veranlassung der Ansicht sind, daß es zu spät wäre, noch vor der Urabstimmung eine Konferenz einzuberufen, zumal ja auch erst der Zahlstellen Stellung dazu genommen haben. Wir sind der Ansicht, daß es angebracht ist, im Frühjahr eine Konferenz abzuhalten. Im weiteren Schließen wir uns den Ausführungen in Nr. 45 des „Fachsblatt“ aus Heidelberg-Schlöcherbach an.

Ladenburg a. N. In der letzten Mitgliederversammlung wurde der Antrag der Zahlstelle Bruchsal betreffend der Konferenz der Agitationskommission für Baden und die Vorderpals zur Diskussion gestellt. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag angenommen, die Konferenz fällt im Herbst im Frühjahr stattfinden zu lassen, da dann gleichzeitig die Anträge zur Generalversammlung besprochen werden können, und schloßen wir uns dem Antrag Heidelberg-Schlöcherbach an. Auch möchten wir jetzt schon auf die Versammlung, die am 18. Dezember d. J. stattfinden, die Mitglieder aufmerksam machen, daß sie dafür agitieren, damit dieselbe gut besucht wird.

Rating. Es dürfte die Kollegen interessieren, einmal über die Verhältnisse in Rating etwas Näheres zu erfahren: Nachdem in diesem Frühjahr der Schwarzfärbere Streik, dank der christlichen Arbeitswilligen, zu unsern Ungunsten verlaufen ist, machen sich die Folgen in recht unangenehmer Weise bemerkbar. Frau Justitia hat es für nötig befunden die Egre dieser für die Arbeiterbewegung so gefährlichen Elemente zurückzuführen, wodurch zwei unserer Kollegen mit je 80 Mt. in Mitleidenschaft gezogen wurden, weil der Name Streikbrecher für diese Kollegen eine Verleumdung ist. Ein anderer Kollege, welcher sechs Wochen Gefängnis erhalten hatte, ist nach eingeleiteter Revision mit zehn Tagen Gefängnis bestraft worden. Weiter arbeiten in der betreffenden Fabrik immer noch einige der damaligen Zulieferer, was zu der Einigkeit der dort beschäftigten Kollegen nicht gerade beiträgt. Auch die Firma Wölkner verurteilt in letzter Zeit wieder einmal bei den Zwölfen Lohnrückstellungen vorzunehmen, welches aber auf gütlichem Wege verhindert werden konnte. Bei Löhnen von 12 bis 15 Mt. können wir wirklich nicht verstehen, was es da noch zu regulieren gibt. In den dabei stattgefundenen Werksratensammlungen konnte man so richtig erfahren, was für Zustände in hiesigen Fabriken herrschen, und möchten wir die Kollegen, welche Rating als Meistern im Auge haben, auf diese Fabriken besonders aufmerksam machen. Da hier vorwiegend auch andere Verhältnisse plätschern. In dieser Fabrik haben in letzter Zeit schon mehrere Entlassungen stattgefunden und es ist nicht ausgeschlossen, daß dort noch weitere Entlassungen vorzunehmen werden. Auch in den übrigen Fabriken herrschen nicht gerade die rosigsten Zustände und möchten wir die Kollegen ermahnen, vorläufig Rating zu meiden, da wir über genügend Arbeitskräfte verfügen.

Bismarcks. Nicht selten finden die Klagen der Arbeiter betreffend schlechten Verdienstes infolge ungenügender Beschäftigung oder durch Entziehung der besser bezahlten Arbeit durch dies oder jenes Vorkommnis; ebenso vielfach sind die Beschwerden über schlechte Behandlungsweise und sonstiger Göttern, welche die Arbeiter und noch mehr die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in den einzelnen Betrieben erdulden müssen. Um so etelshafter aber ist es, wenn ein Vorgesetzter, ein Meister, es als eine seiner Pflichten betrachtet, bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit dem Arbeiter nach allen Regeln seiner eigens erfundenen Methode das Arbeitsverhältnis so unerträglich wie möglich zu machen. Ein solcher Arbeiterfeind ist der Zwölfmeister der Raupweihen Schuhfabrik, namens Sandmann. Als eine echte Bedientenfeinde hat er sich des Herrn entpuppt und die Verleumdung, deren er sich bei seinem Prinzipal erfreut, beruht auf der Art, wie er sich infolge seiner Charaktereigenschaft die Günstigen seines Herrn zu erwerben sucht. Wenn die Loyalität und Sachkenntnis der Gradmesser dieser Günstigen, so konnte der Herr Sandmann nicht hoch in derselben steigen. Aus den Verurteilungen, welche er gemacht, als die Arbeiter Klagen von ihm haben wollten, ging dies klar hervor. Gleiches Recht für alle, sollte für einen Zwölfmeister, der im Anspruch auf Achtung von den ihm unterstellten Arbeitern macht, in erster Linie gelten. Anders bei Herrn Sandmann, nach Willkür und Laune wird da gehandelt, was bei dem einen für gut und recht befunden wurde, gilt bei dem Nächsten als das Gegenteil. Wer es magt, diesen Herrn darauf aufmerksam zu machen, daß auch der Arbeiter ein Recht dazu hat, sich gegen Unrechtheiten zu wehren, bekommt es bitter zu fühlen, „Arbeiterfeind“ noch es fertig zu bringen, daß selbst den tüchtigsten Arbeitern ohne Grund von seinen der Firma die Kündigung übermietet wird.

Rehndt. Wie erlangt man am besten Material zur Aufführung in differenteren Kollegen? Diese Frage ist den meisten unserer Kollegen schwer ersichtlich, weil die größte Zahl der in unserem Vereine organisierten Kollegen mit zu großer Unachtsamkeit befaßt ist. Würden die Kollegen ihre Berufsinteressen besser wahrnehmen und verfolgen, so hätten dieselben (soweit Material bei der Hand, ihre Organisation zu stärken und den indifferenteren Kollegen den Nutzen der Organisation vor Augen zu führen, daß es gar nicht schwer wäre, einen nur einigermaßen normal denkenden Kollegen zu überzeugen, daß es nötig ist, sich mit seinen Berufsangelegenheiten zur Verbesserung seiner Lage zu verbinden. Aber wie denkt der größte Teil unserer Kollegen über Wahrnehmung von Vereinsinteressen? Er denkt, ich zahle meine Beiträge und damit basta, Versammlungen gibt es für mich nicht, dieselben zu besuchen habe ich keine Zeit und kein Geld. Weiter: Die Verbandszeitung, das „Schuhmachers-Fachsblatt“, liefert mir Stullenpapier, denn was darin steht, weiß ich schon, darüber bin ich erhaben. Wie steht es aber in Wirklichkeit? Gerade das Gegenteil ist der Fall. Weiter geht es recht vielen Kollegen so: sie wissen nicht einmal was Organisation heißt, sie wissen nicht einmal, welchen Zweck und Nutzen die Organisation bringt, und dieses natürlich aus dem Grunde, weil sie die Aufgaben, welche sich unser Verein zum Wohl seiner Mitglieder stellt, nicht kennen, sondern den Verein deutscher Schuhmacher als ein Vereinen betrachten, deren es viele gibt. Kollegen, die ihr auch mit diesem einflussreichen Gedanken herumtrampeln, ermahnt euch und strebet danach, den wahren Nutzen und Zweck der Organisation kennen zu lernen. Dieses aber könnt ihr wiederum nur, wenn ihr fleißig die Vereinsversammlungen besucht und was ebenfalls nicht zu vergessen ist, das „Fachsblatt“ gründlich studiert. Gerade denjenigen Kollegen, welchen es aus finanziellen oder zeitlichen Gründen nicht verdonnert ist, die Versammlungen wahrzunehmen, bietet das „Fachsblatt“ einen guten Ersatz dafür, wenn ihr dieses Thema gewählt habe, so ist es nicht geteilt, um irgend einem Kollegen einen Vor-

wird wegen seiner Gleichgültigkeit dem Verbande gegenüber zu machen, nur um die Kollegen anzusehen, diese Gleichgültigkeit zu befeitigen; denn ich verneine gar nicht, daß es viele Kollegen gibt, die beim besten Willen nicht immer Zeit dazu haben, in diesem hier angeführten Sinne für ihre Organisation zu agitieren und neue Mitglieder zu werben. Aber das eine steht fest, daß jeder Kollege seine Zeitgenossen lesen kann, um sich über das Laufende zu informieren und bei jeder passenden Gelegenheit die uns noch fernstehenden Kollegen mit Beispielen über den Zweck der Organisation aufzuklären imstande ist. Wenn man aber seine Zeitung nicht liest, ebenfalls die Verarmung nicht beachtet, so wird man auch nichts wissen können. Aber gerade die Unkenntnis der Kollegen ist zum Schaden der Organisation, denn je mehr aufgeklärte Kollegen dabei sind, je mehr steigt die Zahl ihrer Mitglieder und desto kräftiger wird die Organisation. Also Kollegen, beherzigt diese Zeilen und freudig danach, mehr wie bisher für neue Mitglieder des Vereins Sorge zu tragen. Unsere Parole muß sein: Fort mit der Sonderhändler! Fort mit den Vergünstigungsvereinen! Guten in den Verein deutscher Schuhmacher, welcher auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht.

Schwabmünd. Wie mir in Nr. 45 und 46 mitteilen, haben die Kollegen bei der Firma N. V. Meyer die Forderung auf 10 stündige Arbeitszeit gestellt an Stelle der 10 1/2 stündigen. Bezüglich wurde dabei die Lohnverhältnisse, die gleichen bleiben, das also den Tagelohnarbeitern und Arbeiterinnen nichts abgezogen werden dürfe. Die Arbeiter hatten sich mit ihren schätzigen Anträgen zufrieden erklärt; in diesen zählt etwa ein Drittel des Personals, lauter Kollegen. Nach mehrmaligen Unterhandlungen wurde dann im Beisein des Kollegen Simon Körber eine 9 1/2 stündige Arbeitszeit festgesetzt einschließlich einer viertelstündigen Ruhepause. Damit haben unsere Kollegen und Kolleginnen endlich die Arbeitszeit errungen, die hier in allen Fabriken herrscht. Das wir das erreicht haben, ist nur der Einwirkung der Kollegen zu danken, die aber auch fernerhin notwendig, wenn wir weitere Verbesserungen erzielen und eventuelle Verschlechterungen zurückweisen wollen. Mit Verschlechterungen werden die Arbeiter noch oft bedroht werden, das hat die Vergangenheit bewiesen, obgleich eine Verbesserung in vielen Fällen viel notwendiger gemeldet wurde. Wir hoffen, daß alle eine Lehre daraus ziehen und in die Tat umsetzen, daß die Organisten unausgesehrt tätig sind für die Organisation, damit die uns noch fernstehenden aus ihrer Selbstgarnie aufgestellt und für unsern Verein gewonnen werden.

Schweinfurt. Von der Nr. 39 des „Fachblatt“ ab erschien längere Zeit die Notiz, daß Jüngling nach hier ferngehalten sei. Die Firma Silberstein u. Neumann plante seit längerer Zeit die Teilarbeit in der Stepperei und Borsterei. War auch das frühere System ein ungeordnetes und somit gegen eine Neuregelung nichts einzuwenden, so konnten doch die Arbeiter den von der Firma vorgelegten Tarif nicht billigen, da der frühere Arbeitsverdienst auf Grund desselben nicht zu erreichen war. Die Arbeiter traten mit der Firma in Unterhandlungen und legten ihr bereits einen Lohnantrag vor. Nach fast achtwöchentlicher Dauer, während der eine vierwöchentliche Probezeit stattfand, wurden auf beiden Seiten Zugeständnisse gemacht und kam ein Tarif zustande. Die Zeit wird lehren, inwiefern die Arbeiter sich mit demselben einverstanden erklären können. Bei den Ausputzern hat ein direkter Abzug stattgefunden, der sich auch dadurch nicht beschönigen läßt, daß gesagt wird, trotz des Abzuges ist der Verdienst ein höherer, als in der zweiten am Orte bestehenden Fabrik. Dies könnte höchstens bewiesen, daß Lohn- und Arbeitsverhältnisse in letzterer recht im argen liegen müssen. Der Abzug ging aus dem einfachen Grunde glatt durch, weil die Ausputzer sich nicht organisiert sind. Günstigsten ziehen dieselben aus dem Vorfall die Lehre und schätzen sich dem Verein deutscher Schuhmacher an.

Nun zu einer Berichtigung, die Herr Kommerzienrat Heiman in Nr. 45 loszulegen für nötig fand; er hätte wohl besser geschrieben. Die Herr Heiman das Wort Differenz und „seit längerer Zeit“ zu definieren beliebt, erscheint rätselhaft. Den Tatsachen mehr entsprechen würde es, wenn gesagt wird, daß die Differenzen häufig fortduern. Herr Heiman ist wohl zu empfinden, die im Jahre 1896 festgelegten Vereinbarungen mit den heutigen Lohnsätzen in Vergleich zu bringen und wenn er es noch nicht wissen sollte, so wird er finden, daß ganz bedeutende Verschlechterungen stattgefunden haben. Er wird sich darauf hinausreden, daß dies durch Neinführung von Maschinen notwendig geworden sei. Es muß aber gesagt werden, daß dieses häufig eine Lohnverschlechterung zur Folge hatte. Es soll auch nicht geleugnet werden, daß die Arbeiter auch ein gut Teil die Schuld daran tragen, indem sie nach den gemachten Erfolgen im Jahre 1896 glaubten auch ohne Organisation gut zu fahren. In den letzten Wochen ist hier eine erfreuliche Veränderung ein-

getreten, von der wir nur wünschen, daß sie von Dauer sein möge. Hoffen wir auch, daß keine gleichartigen Störungen innerhalb der hiesigen Schuhfabrik stattfinden und daß Arbeiter und Fabrikanten sich weiter auf gütlichem Wege einigen. Die Kollegen eruchen wir aber dringend, sich unserer Organisation anzuschließen, dann wird auch eine bessere Zeit für die hiesigen Schuhmacher kommen.

Wismar. Am 14. November fand hier eine öffentliche Schuhmacherverammlung statt, zu der Kollege Adde aus Rürberg erschienen war und über das Thema: „Die obligatorische Einführung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung im Verein deutscher Schuhmacher“ referierte. Die Versammlung war von circa 250 Personen, darunter vielen Frauen, besucht und folgten die Anwesenden aufmerksam den mairigen Ausführungen des Referenten, die ihnen zu Herzen sprachen, was der künftige Erfolg bewies. Es war dies seit 18 Jahren wieder die erste Gewerkschaftsversammlung und möge nun auch die Saat, die da ausgestreut wurde, auch ihre Früchte bringen, indem sich Mann für Mann der Organisation anschließt. Als Kollegen und Kolleginnen beherzigt dies und helfe mit an dem Aufbau unserer Organisation, denn nur durch einen großen Mitgliederkreis kann etwas ordentliches geschaffen werden.

Verein deutscher Schuhmacher.
Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Mit den Stimmzetteln zur Urabstimmung haben wir im Laufe der Woche auch die Abrechnungsformulare für das vierte Quartal zur Verfügung gebracht. Sollten in der einen oder andern Verwaltungsstelle die Stimmzettel nicht ausreichen, oder falls eine Verwaltungsstelle übersehen sein sollte, dann bitten wir um sofortige Mitteilung.

Der Zahlstelle Berlin wurde auf ihren Antrag vom Vorstand gemäß § 5, Abs. 3 des Statuts die Genehmigung erteilt, von jedem Mitglied pro Woche einen Extrabeitrag von 10 Pf. zu erheben. Die Einföhrung dieser Extraträger wird vom 1. Januar 1904 ab erfolgen. Die Mitglieder dieser Zahlstelle machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtbezahlung dieser Extraträger die Folgen des § 8, Abs. 4 nach sich ziehen.

Berichtigung.

In der Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 44 ist die Extraträger, welche der Zahlstelle Schweinfurt zu erheben genehmigt wurde, irrtümlich auf 5 Pf. pro Monat angegeben. Wir berichtigten dies darin, daß die Mitglieder der Zahlstelle Schweinfurt nicht 5 Pf., sondern 10 Pf. Extraträger pro Monat zu bezahlen haben. Nachstehend sind verlesen gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt: B.-Nr. 481, Johannes Naueher, geb. den 16. Juni 1869 in Alch, eingetr. am 19. Oktober 1897 in Stuttgart; B.-Nr. 886, Jakob Bauer, geb. 12. Januar 1859 in Gagenhausen, eingetr. am 8. August 1892 in Mainz; B.-Nr. 8289, Anna Strud, eingetr. in Burg bei Magdeburg; B.-Nr. 88081, Joh. Günther, eingetr. am 9. März 1908 in Dresden; B.-Nr. 80098, Rob. Hofmann, eingetr. am 27. November 1900 in Dresden; B.-Nr. 481, Joh. Naueher, eingetr. am 19. Oktbr. 1897 in Stuttgart.
Krause, den 19. November 1908.

Der Vorstand.

Vereinsnachrichten.

Gotha. Jeden Montag nach dem 1. und 15. des Monats finden die Versammlungen in unserm Vereinslokal „Deutsche Flotte“ statt.
Neudorf. Unser Vertrauensmann Hermann Selbig wohnt jetzt Neue Gasse 288 m.

Bekanntmachung

Wegen restierender Beiträge wurden folgende Mitglieder ausgeschlossen: Josef Michael, B.-Nr. 42789; Franz Schilja, B.-Nr. 42748.

Die Ortsverwaltung Birna.

Während des Druckes eingegangen:

Leisach. Wegen Lohnbewegung ist der Bezug von Zwidern nach hier ferngehalten.

Aufforderung.

Erzuche die Kollegen sowie die Ortsverwaltungen mir die Adresse des Kollegen Johannes Schöpflin aus Niederweiler (Baden) B.-Nr. 88971 mitzutteilen.
Karl Seyfer, Karlsruhe, Söbelstr. 12.

Aufforderung.

Wir bitten die Kollegen und die Verwaltungen der Zahlstellen, uns über den Aufenthalt des Kollegen Briel von Rotenbach, Oberamt Elmangen, Württemberg, Mitteilung zu machen. Derselbe ist seinen Verpflichtungen uns und verschiedenen Genossen gegenüber noch nicht nachgekommen. Ebenso warnen wir die Zahlstellen davor, den Betreffenden in Kommissionen zu wählen.
Der Schuhmacherverein St. Gallen (Schweiz),
J. Walzer, Präsident.

Aufforderung.

Die Kollegen, denen die Adresse des Vorsitzers Engelbert Kschach bekannt ist, werden gebeten, dieselbe der Zahlstelle Bielefeld zuzuleiten.
E. Freier, 1. Bev., Bielefeld, Mühlengr. 1a.

Zur Beachtung.

Wir fordern die Mitglieder auf, ihre Beiträge für das vierte Quartal bis zur Abrechnung zu entrichten, da nach § 8 des Statuts Verfahren wird und diejenigen, welche man ausbleiben muß, im „Fachblatt“ veröffentlicht werden.
Karlsruhe, den 15. November 1908.
J. A. Carl Seyfer, Söbelstr. 12.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.
(E. G. Nr. 91 Hamburg.)

Bekanntmachung des Hauptkassierers.

Gelber gingen ein vom 10. bis 21. November: Mainz 100,—, Großsch 100,—, Wehlheiden 30,—, Marienborn 100,—, Homburg 40,—, Rodalben 200,—, Regelsd 70,—, Dresden 200,—, Herzogenaurach 150,—, Steuditz 88,—, Prignitz 19,50, Frankfurt 200,—, Weiskensfeld 100,—, Schweiningen 50,—, Grabow 80,—, Erlangen 100,—, Bremen 150,—, Magdeburg 100,—, Altona 1200,—, Moorburg 100,—, Dierack 100,—.
Summa 8177,50 M.
Zufußig erhielten: Sandershausen 60,—, Hebelberg 80,—, Seilbrunn 80,—, Birna 100,—, Eiberfeld 100,—, Segeberg 100,—.
Summa 480,— M.
Krantengeld an einzelne Mitglieder: Hellmich-Minteln 3,—, Stein-Algenau 9,—, Büsch-Mellingen 5,66, Jakob-Abbe 6,—, Herzog-Rodejuch 10,25, Bulte-Jaßrow 13,65, Kiehl-Wittenberge 6,50, Schay-Schönherd 5,20, Vert-Zerth 10,80.
Summa 70,06 M.
Hamburg, den 21. November 1908.
E. G. H. Hauptkassierer, Merkurstr. 2, 3. B.-R.

Briefkasten.

A. N. Berlin. Es fehlt dem Gedicht der rechte Schluß und ist deshalb zur Aufnahme nicht geeignet. Graf F. Gakemeyer, 5. Gesehle Nummer abgeantw. Manuskript „Hans Sachs“ ruht in der Krappe und feiert über seine Aufrechterkung.

Wegen großem Stoffandrang, Berichte etc., mußte eine größere Zahl derselben für die nächsten Nummern zurückbleiben.

Mitglieder-Versammlungen

- Burg am Sonnabend, den 5. Dezbr., abends 8 Uhr im Vereinslokal.
- Coburg am Montag, den 30. Nov., abends 8 1/2 Uhr im Lokal „Himmelsleiter“, Leopoldstr.
- Gladbach am Sonnabend, den 6. Dezbr., abends 8 1/2 Uhr in der „Stadt Altona“, Große Stremperstr. 24.
- Hamburg am Montag, den 30. Nov., abends 8 1/2 Uhr in der „Sängersalle“, Gänsemarkt 85.
- Iphoe am Montag, den 7. Dezbr., abends 8 1/2 Uhr im Wirthschaftlichen Lokale, Sandberg 64.
- Kiel am Montag, den 30. Nov., abends 8 1/2 Uhr im „Englischen Garten“, Sternförderstr.
- Landeshut am Montag, den 30. Novbr., abends 8 Uhr im Vereinslokal.
- Leinheim am Montag, den 30. Novbr., abends 8 Uhr im Lokal „Ludwigsböse“, S. 6, Nr. 1.
- Naiba am Sonntag, den 29. Novbr., nachmittags 2 Uhr bei Herrn Georg Sütner, Kronacherstr.
- Nürnberg am Montag, den 7. Dezbr., abends 8 Uhr in der „Sängersalle“, Himmelsleiterweg.
- Oslen am Montag, den 30. November, abends 1/9 Uhr im Lokale des Herrn Karl Verndt, Biergartenstr. 10.
- Spanbau am Montag, den 7. Dezbr., abends 8 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Karl Nupprecht, Bismarckstr. 6.
- Stettin am Montag, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Stellmacher, Bismarckstr. 10.
- Ulm am Montag, den 30. November, abends 8 Uhr im Gasthaus zum Hohenwiel, Fischerstraße.
- Walbheim am Freitag, den 5. Dezember, abends 1/9 Uhr in der „Grünen Aue“.
- Weißentels am Sonnabend, den 5. Dezember, abends 8 Uhr in der „Zentralhalle“.
- Wittlau am Sonntag, den 8. Dezbr., abends 8 1/2 Uhr bei Herrn Lorenz Wittlau.

Öffentliche Versammlungen.

- Bochum am Montag, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr bei Herrn Schäfer, Ringstr. 8.
- Eintrigart am Montag, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus zum goldenen Bären“, Spingerstraße 17—19.

Anzeigen.

Gustav Garweg,
Ronsdorf (Rheinland)

(Große silberne Medaille Hamburg 1903.)
Spezialität: Verstellbare Hiebseiten mit zwei verstellbaren doppelten Erichshiebplätzen. Beste und zweckmäßigste der Gegenwart.
Hieb-Ringen in bester Qualität.
Zirkel 1/2 natürl. Größe.
Die Artikel entfallen meinen vollen Namen. Bitte keine Nachahmungen angulassen.

Einkaufsgenossenschaft Schuhmachergehilfen
Frankfurt a. M. und Umgegend, Grubenstraße 10 pt.

Lager sämtlicher Schuhmacher-Bedarfsartikel.
Prima Werkzeuge (Helmendorfer) von Müller-Berlin und Vertretung von Maßstab-Röhren und Schuhmacher-Werkfeld.
Guth. Garweg'schen verstellbaren Hiebseiten und Hieb-Ringen.
Chronometre in jeder Größe zum Handanputz.
Prima Sohlleder-Ausschnitt.
Die Kollegen werden ersucht, ihren Bedarf nur hier zu beden.
NB. Auszahlung der Reiseunterstützung, Auskauf und Rat in allen Verbandsangelegenheiten, Arbeitsvermittlung.

Spezialgeschäft für handgerichtete Werkzeuge
sowie mein Lager in sämtlichen Sorten Schuhmacher-Artikel wie Zeitsen, Holz- und Oberleder zu billigen Preisen.
Karl Nickel, Lederhandlung,
Frankfurt a. M., Neugasse 24.

Erinnerungen an meine Wanderjahre.
Ein sehr gelungenes Bild. — Preis 80 Pf.
In Beziehen durch die Expedition d. Bl.

Redaktion, Druck und Verlag von E. Rod in Gotha.

Verlag der „Fachzeitschrift“ in Gotha.

Soeben erschienen:
Neue Grundlagen in der Schuhbranche und deren Entwicklung
von G. A. Köhler.

Preis 2 Mk. Preis 2 Mk.

Dieses Buch enthält eine gründliche Belehrung über alle Modellurensysteme und befähigt jeden Leser, sich über die Frage der besten Herstellungsart der Fuss-Bekleidung volle Aufklärung zu verschaffen. Möge jeder Kollege sich diese nützliche Schrift zulegen.

Werkzeuge, prima Qualität, für Hand- und mechanischen Betrieb.

Spezialität: Schwedische Messer, versch. Facons, kleine Niederlage schwedischer Werkzeugze.

E. Vögtle, Berlin N. 54, Lothringergstr. 22.
Langjähriges Mitglied des Vereins d. Schuhmacher.
Man verlange neuestes Kutterbüch nach Preisliste gratis und franko.